

# in Deutschland

## Thema der Woche

# An der Mark wird nicht gerüttelt

**Der Bundeskanzler hat entschieden: Die DM wird nicht aufgewertet. Dieser auf sachlichen wirtschaftspolitischen Gründen beruhende Entschluß hat die Aufwertungsforderer in der SPD zu unqualifizierten Angriffen gegen ihren Koalitionspartner veranlaßt, so daß der Eindruck entstehen muß, die SPD versuche die Währungsdiskussion in den Wahlkampf hineinzuziehen. Recht ungeschickt versucht die SPD die Tatsache vergessen zu lassen, daß ihre führenden Wirtschaftsexperten vor kurzer Zeit sich selbst gegen eine Aufwertung ausgesprochen hatten.**

An dieser Stelle sollte ein sachlicher Beitrag zu dem Beschluß des Bundeskabinetts erscheinen, die Deutsche Mark nicht aufzuwerten. Nach der Rundfunkrede, die der SPD-Bundesgeschäftsführer Wischniewski, MdB, am 11. Mai im Südwestfunk gehalten hat, muß dieser sachlichen Wertung ein politisches Wort vorangestellt werden.

In der Sendung „Ein Wort zur Politik“ hat der SPD-Bundesgeschäftsführer nicht nur gegen alle

Übung (und Abmachung) Einzelheiten der entscheidenden Kabinettsitzung der Öffentlichkeit bekannt gemacht, sondern er hat darüber hinaus die Meinung des Bundeswirtschaftsministers in einer Einseitigkeit vertreten, wie dies nach Kabinettsentscheidungen noch niemals vorgekommen ist.

**Er verbindet dies mit Angriffen gegen den Bundesfinanzminister, zu denen die Argumente manchmal so aussehen, als stammten sie aus dem Arsenal der Rechtsradikalen.**

Kein Wort davon, daß prominente SPD-Experten den Standpunkt der Kabinettsentscheidung teilten, kein Wort auch davon, daß es Professor Schiller selbst war, der sich gegenüber Repräsentanten der deutschen Bauernschaft als Garant der Nichtaufwertung bezeichnet hat. Was hier gespielt wird, ist der in die Währungsdiskussion hineingetragene Wahlkampf, noch dazu mit Aussagen, deren Fadenscheinigkeit in die Augen springt. Die CDU wird solchen Stil nicht mitmachen.

Nun zum Sachlichen: Worum ging es eigentlich bei der Beratung der Bundesregierung am 9. Mai: Der internationalen Spekulation, die auf eine Aufwertung der Deutschen Mark hoffte – und daran verdienen wollte – mußte eine klare Absage erteilt werden. Dazu gab es zwei Möglichkeiten:

1. entsprechend der Entscheidung vom 19. November im Bundeskabinett erneut zu beschließen, die Deutsche Mark wird nicht aufgewertet, oder

2. dem Antrag von Bundeswirtschaftsminister Schiller zu folgen, der die Mark um 6,25 Prozent aufwerten wollte. Das Kabinett entschied sich für den ersten Weg. Mit diesem Beschluß ist die internationale Spekulation gescheitert.

Um der Legende vorzubeugen, muß hier aber festgehalten werden, daß bei der SPD die Unterstützung für Schillers Forderung nur begrenzt war. So hatte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Alex Möller, in einem Memorandum für den Parteivorstand das Für und Wider einer Aufwertung dargelegt. Möllers Bedenken gegen eine Aufwertung überwogen eindeutig.

**Im Falle einer Aufwertung hätten Bundesregierung und Parlament zwangsläufig Ausgleichszahlungen zugunsten der Landwirtschaft beschließen müssen, nach Schillers Vorschlag, Aufwertung um 6,25 Prozent, wären mehr als 1,2 Milliarden DM Ausgleichszahlungen für die deutsche Landwirtschaft fällig geworden.**

Vor dieser unvermeidlichen Konsequenz – die Agrarpreise in der

Fortsetzung Seite 2

## HEUTE

	Seite
Eine Handhabe gegen Täuschung	2
Sicherheit für alle Arbeitnehmer	3
Eine Verfassung für unsere Zeit	5
Vier Jahre und kein Wandel	8

**In den 20 Jahren seines Bestehens hat das Nordatlantische Bündnis seine Funktion voll erfüllt. Es hat sich bewährt und den Partnerstaaten Frieden und Freiheit gewährleistet und jede Aggression oder politische Erpressung verhindert. Diese Überzeugung vertrat Bundesverteidigungsminister Dr. Schröder vor Revolveristen der Bundeswehr in Bad Godesberg.**

**Wie Dr. Schröder betonte, besteht Übereinstimmung im Bündnis darüber, an der wirksamen Abschreckung und an der Vorne-Verteidigung festzuhalten. Die Partner werden die für die gemeinsame Verteidigung erforderlichen Streitkräfte unterhalten. Dazu zählen strategische Streitkräfte zur nuklearen Abschreckung, beträchtliche nordamerikanische und europäische konventionelle Streitkräfte, sowie zu deren Unterstützung taktische nukleare Streitkräfte in Europa. Dazu gehören auch angemessene Reserven.**

**Kein Zweifel besteht nach Ansicht Dr. Schröders darüber, daß unsere Bündnispolitik Außenpolitik und Verteidigungspolitik verankern und verklammern müsse.**

## Rehs der CDU beigetreten

**Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Reinhold Rehs, MdB, ist aus der SPD ausgetreten und in die CDU/CSU Bundestagsfraktion aufgenommen worden.**

In einer Erklärung, in der Rehs die Aufnahme in die Bundestagsfraktion der Union beantragte, hieß es u. a.:

„Aus jahrelanger im Bundestag gewonnener Kenntnis bin ich gewiß, daß in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die schwere unausweichliche Aufgabe erkannt ist und erfüllt wird, dem Gemeinwesen zu dienen und die Pflicht zur Selbsterhaltung von Nation und Staat auch im Blick auf eine unbekannt Zukunft wahrzunehmen.“

**Diesen Willen hat jüngst erst nüchtern und mit allem Ernst, der einer realistischen Lagebeurteilung entspricht, Bundeskanzler Kiesinger vor den Heimatvertriebenen bekundet. Er hat das ausgesprochen, was die von mir vertretenen Menschen denken und erwarten.**

Ich bin deshalb, wie mir überdies laufend bestätigt wird, auch der Zustimmung meiner Landsleute sicher.“

Dem Vorsitzenden der ostpreussischen Landsmannschaft, Rehs, wird die Trennung von seiner Partei, der er zwanzig Jahre angehörte, nicht leicht gefallen sein.

Schon sein Vorgänger, Wenzel Jaksch, konnte ein Lied davon singen, daß man den Vertriebenen und ihren Zielen in der SPD wenig Verständnis entgegenbrachte, wenn gleich keine Gelegenheit ausgelassen wurde, auf die enge personalpolitische Verbundenheit zwischen SPD und BdV-Spitze hinzuweisen.

Die Rolle eines politischen Aushängeschildes konnte Rehs mit seinem Auftrag als Repräsentant der Vertriebenen nicht länger vereinbaren. „Die Art und Weise“, so erklärte Rehs, wie die SPD „mich und damit den Bund der Vertriebenen politisch behandelt hat, trifft nicht nur meine Selbstachtung, sondern auch die des gesamten Verbandes“.



**DIE  
WOCHE  
IM  
BUNDES  
TAG**

Der Bundestag hat in dieser Woche zwei wichtige Materien zu erledigen gehabt.

Die Verabschiedung des **Arbeitsförderungsgesetzes**. Dieses Gesetz sichert den bereits im Beruf Stehenden die Möglichkeit, sich beruflich weiterzubilden durch Gewährung von Zuschüssen aus der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung.

Das zweite wichtige Thema war die Erörterung der von der Bundesregierung in Aussicht genommenen Maßnahmen zur **Sicherung der Preisstabilität** in der Bundesrepublik. Die Freien Demokraten hatten dazu Dringlichkeitsfragen für die Fragestunde eingebracht.

Am **Dienstag, dem 13. Mai 1969**, trat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu einer Sitzung zusammen, auf der Bundeskanzler Kiesinger über die Entscheidung der Bundesregierung, die **D-Mark nicht aufzuwerten**, berichtete. Der Bundeskanzler erhielt in dieser Sitzung die volle Unterstützung seiner Fraktion für seine Entscheidung und auch für die von der Bundesregierung in Aussicht genommenen sogenannten flankierenden Maßnahmen zur Sicherung der Preisstabilität.

Die Fraktion beschäftigte sich auch mit der geplanten Umwandlung der diplomatischen Vertretung der „DDR“ in **Kambodscha** in eine Botschaft. In der Fraktion wurde die Auffassung vertreten, daß für den Fall, daß Kambodscha einen regulären Botschafter nach Ost-Berlin schickt, sich die Frage des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen mit Kambodscha stellt.

Ferner wurde in der Fraktion dem Antrag des Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, Reinhold Rehs, in der CDU/CSU-Fraktion aufgenommen zu werden, zugestimmt, siehe dazu die Erklärung von Reinhold Rehs auf Seite 1.

Der Bundestag tritt am Freitag eine 14tägige Pfingstpause an. Die Beratungen der Gremien des Bundestages werden dann am 2. Juni mit **Ausschußsitzungen in Berlin** wieder aufgenommen. Die Ausschüsse des Bundestages tagen vom 2.-4. Juni in der deutschen Hauptstadt. Fraktions-sitzungen sind für diesen Zeitraum in Berlin nicht vorgesehen.

## Bundestag

# Eine Handhabe gegen Täuschung

**Das Parlament hat am 9. Mai das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) verabschiedet. Dieses auf Initiative von CDU-Mittelstandspolitikern entstandene Gesetz gibt, wie der Vorsitzende des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Gewandt in folgendem Beitrag erklärt, Wirtschaft und Verbrauchern eine Handhabe, die Täuschung im Wettbewerb wirksam zu bekämpfen.**

Mit Genugtuung können die Initiatoren des Gesetzentwurfes auf die parlamentarische Behandlung dieses Entwurfes zurückblicken. Sie waren sich von Anfang an darüber im klaren, daß es sich bei der Änderung des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb um eine außerordentlich schwierige Materie handelt.

Wie zutreffend die Initiatoren die Reaktion innerhalb der Öffentlichkeit eingeschätzt haben, zeigt sich insbesondere daran, daß in manchen Presseberichten die jetzt verabschiedeten Formulierungen in ihren Auswirkungen gar nicht erkannt werden und deshalb fälschlicherweise von einem Fehlschlag gesprochen wird.

Neben der allgemeinen Ausweitung des Anwendungsbereiches des Paragraphen 3 UWG als der Generalklausel für Täuschungshandlungen ergibt sich für die einzelnen Tatbestandsgruppen folgendes:

■ Die beiden ersten Tatbestände, die sich mit der täuschenden Verwendung von Preislisten befassen, haben eine wesentlich umfassendere Regelung dadurch gefunden, daß das Wort „Preislisten“ in den Katalog des Paragraphen 3 aufgenommen wurde.

■ Ebenso haben die so heftig umstrittenen Lockvogelangebote in-

nerhalb des Paragraphen 3 eine Regelung erfahren, und diese Regelung erscheint keineswegs so wirkungslos, wie manch einer dies gern darstellen möchte. Der schriftliche Bericht des Rechtsausschusses läßt eindeutig erkennen, daß der Gesetzgeber hier eine Möglichkeit schaffen will, unlauteren Praktiken, die zur Täuschung des Verbrauchers führen, entgegenzutreten zu können.

■ Die weiteren Tatbestände, die sich auf täuschende Angaben über die Funktion des Werbung Treibenden bezogen, z. B. durch die Verwendung des Wortes „Großhandel“, haben eine wirklich sachgerechte Regelung in dem neuen Paragraphen 6 a gefunden. Der Gesetzgeber hat hier eindeutig seinen Willen zum Ausdruck gebracht, die Chancengleichheit in der Werbung für alle, die funktionell Einzelhandel betreiben, wieder herzustellen.

■ Das angestrebte Verbot des sogenannten Kaufscheinhandels fand eine umfassende Regelung im neuen Paragraphen 6 b. Man muß aber wohl schon jetzt darauf hinweisen, daß nur eine wirtschafts- und praxisnahe Auslegung dieser Bestimmung dem Willen des Gesetzgebers gerecht werden kann. Jede systemhafte Verteilung von Kaufscheinen

und ähnlichen Ausweisen wird durch die Bestimmung verboten.

Es wird darauf ankommen, daß auch in der Rechtsprechung diese Auffassung ihren Niederschlag findet. Es widerspricht ganz einfach dem bekundeten Willen des Gesetzgebers, wenn man eine Umgehungsmöglichkeit dergestalt zuließe, daß jemand sozusagen am Fließband Einkaufsausweise einzeln ausgibt. Ein Hinweis hierauf ist deshalb so besonders wichtig, weil in der Vergangenheit bei anderen Mißständen in der Absatzwirtschaft, in denen sich der Gesetzgeber um eine Beseitigung dieser Mißstände bemüht hat, alle Möglichkeiten der Umgehung ausgeschöpft wurden und zum Teil sogar mit Erfolg. Das eklatanteste Beispiel dieser Art aus der letzten Zeit ist der erst im vorigen Jahr vom Bundestag verabschiedete Paragraph 56 a der Gewerbeordnung. Hier werden die Umgehungsversuche geradezu organisiert.

■ Ein weiterer von den Initiatoren vorgetragener Tatbestand, nämlich die Ausnutzung fremder Autorität, hat keinen unmittelbaren Niederschlag im Gesetzestext gefunden. Der Tatbestand wird aber wohl auch weitgehend an Bedeutung verlieren, weil der davon in erster Linie betroffene Bereich zugleich von dem jetzt verbotenen Kaufscheinhandel erfaßt wurde.

Diese gedrängte Übersicht über den materiellen Inhalt der Gesetzesänderung erscheint notwendig, um die Mißverständnisse, die sich in der Öffentlichkeit gezeigt haben, zu beseitigen. Es wird dadurch nämlich deutlich, daß die Initiatoren fast auf der ganzen Linie ihr Ziel erreicht haben und dementsprechend mit dieser Novelle der gewerblichen Wirtschaft ebenso wie den Verbrauchern ein Mittel in die Hand gegeben wird, die Täuschung im Wettbewerb wirksamer als bisher zu bekämpfen.

## An der Mark wird nicht gerüttelt

Fortsetzung von Seite 1

EWG sind in Rechnungseinheiten = Dollar festgesetzt, bei einer Aufwertung sanken also die deutschen Agrarpreise — schreckten aber führende SPD-Politiker zurück, weil sie fürchteten, dieses „Opfer“ — den selbstverständlichen Ausgleich — für die Bauern in ihren Reihen nicht durchsetzen zu können.

Weitreichende und gewichtige Gründe haben den Bundeskanzler und die CDU/CSU veranlaßt, auf die neue Spekulationswelle mit einer schlichten Abfuhr und nicht mit einer Aufwertung deutlich zu antworten. Der Wechselkurs der D-Mark kann nicht nach Augenblicksüberlegungen geändert werden.

**Bundeswirtschaftsminister Schiller selbst hatte am 26. November 1968 im Bundestag Gründe genannt,**

**warum die Bundesregierung eine einseitige Aufwertung der Deutschen Mark auf Verlangen ausländischer Partner selbst strikt ablehnen müsse:**

● Die Bundesregierung hält es für unmöglich, allein durch eine Aufwertung der Mark die Währungsmisere anderer Länder zu kurieren. Eine solche Forderung der Partner ist politisch unzumutbar.

● Die Bundesrepublik erfüllt mit ihren Außenhandelsüberschüssen wichtige internationale Verpflichtungen (Entwicklungshilfe, Wiedergutmachung) und stellt den Außenhandelspartnern deutsches Kapital mit Anleihen zur Verfügung — braucht also Überschüsse.

● Der andere Grund vom November, Sorge vor einer neuen Rezession, besteht gegenwärtig nicht mehr. Aber die anderen Gründe ge-

gen eine einseitige Aufwertung gelten unverändert weiter.

Einseitige deutsche Maßnahmen wären nur eine vorübergehende Erleichterung. Jetzt kommt es darauf an, mindestens in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft endlich eine eine solidere Wirtschafts- und Währungspolitik gemeinsam zu praktizieren, aus der europäischen Gemeinschaft einen Hartwährungsblock zu machen, wie es Bundeskanzler Kiesinger schon in der Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 verlangte.

Die Aufwertungsforderer übersehen geflissentlich, daß ihr Vorschlag noch keine Garantie für stabile Preise ist, daß seine Verwirklichung viele neue Schwierigkeiten schaffen würde und daß er uns gewiß nicht zu einer engeren Zusammenarbeit in Europa bringt.

Mit dem Beschluß, nicht aufzuwerten, bleibt in Europa der Zwang wirksam, endlich enger zusammenzuarbeiten und Schwierigkeiten gemeinsam zu meistern.

## Arbeitsförderungsgesetz

# Sicherheit für alle Arbeitnehmer

**Der Bundestag verabschiedete heute — nach eineinhalb-jährigen Beratungen des Arbeitsausschusses — das Arbeitsförderungsgesetz. Das AFG löst das Gesetz über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung (AVAVG) ab, das bereits über 40 Jahre in Kraft ist.**

Durch das AFG wird die Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg in die Lage versetzt, alle Maßnahmen zur Sicherung der Vollbeschäftigung, des Wachstums und der Mobilität der Arbeitnehmer durchzuführen, soweit diese überhaupt durch die Arbeitsverwaltung wahrgenommen werden können.

Die Maßnahmen nach dem AFG sind im Rahmen der sozialen Wirtschaftspolitik der Bundesregierung darauf auszurichten, daß ein hoher Beschäftigungsstand erzielt, die Beschäftigungsstruktur verbessert und damit das Wachstum der Wirtschaft gefördert wird.

Durch langfristige Maßnahmen soll nach Möglichkeit Arbeitslosigkeit vermieden werden, ebenso wie unterwertige Beschäftigung. Die berufliche Beweglichkeit der Erwerbstätigen soll verbessert werden, nachteilige Folgen für die Arbeitnehmer aus der technischen Entwicklung oder durch den wirtschaftlichen Strukturwandel sollen nach Möglichkeit vermieden werden. Besonders gefördert werden soll die berufliche Eingliederung körperlich, geistig oder seelisch Behinderter.

**Besondere Aufmerksamkeit widmet das AFG der Frage der Eingliederung der Frauen, die sich in der dritten Lebensphase — also nach dem Herauswachsen der Kinder — wieder dem Arbeitsleben zur Verfügung stellen wollen.**

Ein besonderer Abschnitt ist der Sicherung der Arbeitsmöglichkeiten für ältere Arbeitnehmer gewidmet, nicht nur die üblichen Eingliederungsmaßnahmen kommen für ältere Arbeitnehmer in Betracht, sondern unter bestimmten Voraussetzungen auch Zuschüsse seitens der Arbeitsverwaltung für besonders schwer einzugliedernde Personen.

### Alle denkbaren Hilfen

Das Instrumentarium der Bundesanstalt für Arbeit wird entsprechend den gewachsenen Aufgaben erweitert. Ausgebaut werden soll die Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, die die Bundesanstalt mit dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung abstimmen soll. Die Berufsberatung wird künftig eine wachsende Bedeutung erhalten.

Während das bisher geltende AVAVG vorrangig die Aufgabe hat, dem Arbeitnehmer vor wirtschaftlicher Notlage im Falle der Arbeitslosigkeit zu schützen — entweder durch Vermittlung eines anderen Arbeitsplatzes oder durch Geldleistungen — ist der Hauptzweck des Arbeitsförderungsgesetzes der, dem arbeitenden Menschen alle denkbaren

Hilfen anzubieten, einen seinen Fähigkeiten und Leistungen entsprechenden Platz im Berufsleben zu sichern.

**Gefördert werden Umschulungsmaßnahmen, Maßnahmen des beruflichen Aufstiegs; auch für die Erstausbildung in Lehrberufen werden Beihilfen zur Verfügung gestellt, wenn die Eltern des Auszubildenden wirtschaftlich nicht in der Lage sind, unter zumutbaren Bedingungen die Ausbildung ihres Kindes aus eigener Kraft zu finanzieren.**

Die Bemessungsgrenze für die Leistungen nach dem Arbeitsförderungsgesetz im Falle der Arbeitslosigkeit wird auf die Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung angehoben (z. Z. 1700 DM) und mit dieser dynamisiert. Damit ist sichergestellt, daß auch gutverdienende qualifi-

zierte Arbeiter und Angestellte im Falle der Arbeitslosigkeit in ihrem Lebensstandard nicht zu stark absinken. Auch die Beitragsbemessungsgrenze wird entsprechend angehoben.

**Mittelbar Streikbetroffene werden von den Leistungen der Bundesanstalt bei Arbeitslosigkeit nicht ausgeschlossen, es sei denn, sie sind im Streik wirtschaftlich interessiert.** Das Schulungsgeld bei Maßnahmen der Umschulung und der Förderung des Berufsaufstiegs beträgt grundsätzlich 120 Prozent des Arbeitslosengeldes. Verbessert werden die Voraussetzungen für den Bezug von Kurzarbeitergeld.

### Ein wichtiges Gesetz

Alle Aufgaben der Bundesanstalt werden für eine Übergangszeit aus Beitragsmitteln und aus dem Vermögen der Bundesanstalt finanziert. Bis Ende 1972 hat die Bundesregierung zu berichten, welche Aufgaben künftig durch die Allgemeinheit zu finanzieren sind.

**Das Arbeitsförderungsgesetz ist eines der bedeutsamsten Gesetzgebungswerke dieser Legislaturperiode, das in einer engen Verbindung mit dem Ausbildungsförderungsgesetz und dem Berufsbildungsgesetz zu sehen ist, die ebenfalls beide in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden sollen.**

## Keine Verjährung für SED-Verbrechen

Die Auseinandersetzung um die Frage, ob Mord und Völkermord verjähren sollen, hat sich fast ausschließlich um die Scheußlichkeiten und ihre Nachwirkungen gedreht, die durch die Nationalsozialisten während des letzten Krieges verübt worden sind.

Wir müssen aber bei der Suche nach einer gesetzlichen Neuregelung auch daran denken, daß Lösungen gefunden werden, durch die jene Morde nicht verjähren, die seit Jahren — und bis in die Gegenwart fortdauernd — immer noch an Zonengrenze und Berliner Mauer von Deutschen an Deutschen verübt werden.

Im Zeitraum vom 25. Oktober 1961 bis heute sind 9392 Verfahren wegen des Verdachts einer verbrecherischen Handlung in Demarkationslinie und Mauer eingeleitet worden. Die „Zentrale Erfassungsstelle der Landesjustizverwaltungen in Salzgitter“, die sich mit der Ermittlung kommunistischer Gewaltakte an der Trennungslinie zwischen Bundesrepublik und Mitteldeutschland beschäftigt, hat bisher 3027 Fälle von Schußwaffengebrauch registriert, davon an der Zonengrenze allein 82 Tötungsdelikte. Mit den an der Berliner Mauer festgestellten Verbrechen liegt die Zahl der Tötungsdelikte bei etwa 200. Bei 1830 Verfahren hat sich der Verdacht bisher nicht bestätigt, in

3287 eingeleiteten Verfahren konnte einer oder mehrere Täter ermittelt werden.

Die genannte Erfassungsstelle ist eine Parallelinstitution zur „Ludwigsburger zentralen Stelle“, die zur Aufklärung von Verbrechen während der nationalsozialistischen Zeit eingerichtet worden ist. In Salzgitter werden Straftaten erfaßt, Beweise gesammelt und Nachforschungen angestellt. Es handelt sich dabei vor allem um gewaltsame Eingriffe des „NVA — Kommandos Grenze“ gegen die Freizügigkeit von deutschen Bürgern.

In letzter Zeit hat sich die Tätigkeit der genannten Erfassungsstelle besonders auf die vielen mittlerweile bekanntgewordenen Fälle von Rechtsbeugung, Körperverletzung und Nötigung konzentriert, die durch Flüchtlinge oder aus den Zuchthäusern entlassene ehemalige politische Häftlinge bekanntgeworden sind.

Die in Salzgitter registrierten Zahlen sind daher nur ein Bruchteil der wirklichen Verbrechen. Durch aufklärende Arbeit muß den Soldaten der SED immer aufs neue deutlich gemacht werden, daß sie dann, wenn sie gegen das elementare Menschenrecht der Freizügigkeit vorgehen und die Waffe einsetzen, ein Verbrechen begehen, das verfolgt und gesühnt wird.

Dr. W. Marx, MdB

## PERSONALIEN

**Hanns Schreiner**, Pressesprecher der CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz, folgte einem Ruf in der Mainzer Staatskanzlei als Leiter der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit und Planung.

★

Zum neuen Landesvorsitzenden der Jungen Union Saar wurde **Manfred Montnacher** gewählt. Er löste den bisherigen Vorsitzenden **Gerd Weber** ab.

★

**Kai-Uwe von Hassel**, Bundestagspräsident, hat mit einem alten Brauch gebrochen. Im Gegensatz zu seinen Vorgängern läßt sich der neue „erste Abgeordnete“ sein Mittag- und Abendessen nicht mehr separat servieren, sondern mischt sich im Bonner Bundeshaus-Restaurant unter das „parlamentarische Fußvolk“.

★

Die CDU-Bürgerschaftsfraktion in Hamburg wählte **Dr. Jürgen Westphal** zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden. Sein Vorgänger, **Dr. Jürgen Gündisch**, hatte aus beruflichen Gründen auf sein Amt verzichtet. Als Beisitzer wurde **Dr. Klaus-Jürgen Juhnke** in den Fraktionsvorstand gewählt.

★

**Prof. Dr. Hans Müller** von der Juristischen Fakultät der Universität ist auf Vorschlag der CDU erneut zum Mitglied des Hamburgischen Verfassungsgerichts gewählt worden.

★

**Gerd Reddemann**, Bundestagskandidat im Wahlkreis Hagen, gab zusammen mit **Dr. Lothar Kraft**, dem früheren Bundesgeschäftsführer der Jungen Union, und anderen Autoren der Jungen Union das Buch „Mit der Union in die Zukunft“ heraus.

★

**Helmut Elfring** (36), MdL, leitet den Beirat für familienpolitische Fragen beim CDU-Landespräsidium Nordrhein-Westfalen.

★

**Hans Elgner**, der langjährige Landesgeschäftsführer der Jungen Union Hessen, wurde in Niederroden zum hauptamtlichen Bürgermeister gewählt.

★

**Franz-Josef Strauß**, Bundesfinanzminister, konnte aus der Hand des DIHT-Vorstandsmitgliedes **Alfried Holle** ein höchst ungewöhnliches Geschenk entgegennehmen. Holle ließ in seiner eigenen Druckerei 500 Exemplare eines blau-gold-weißen Bierflaschen-Etiketts mit der Aufschrift „Fiskator — Starkbier-Meisterbräu Franz-Josef Strauß“ herstellen.

# AKTUELL

Der CDU-Landesverband in Schleswig-Holstein veranstaltet am 21. Mai in Kiel einen familienpolitischen Kongreß. Das Hauptreferat wird Frau Bundesminister Aenne Brauksiepe zu dem Thema „Die Grundlagen künftiger Familienpolitik“ halten. Die Landesvorsitzende der Vereinigung der Frauen in der CDU, Frau Annemarie Schuster, MdL, wird die Delegierten begrüßen und auch das Schlußwort sprechen. An Arbeitskreisthemen dürften die „Familienpolitik zwischen Romantik und Recht“ und „Familienenquete zwischen praktischer Politik und Papierkorb“ besonders interessieren.

★

Auf Initiative der im DGB organisierten Mitglieder der CDU-Sozialausschüsse wurde in Köln eine Arbeitsgemeinschaft gegründet. Die Arbeitsgemeinschaft christlich demokratischer DGB-Gewerkschaftler will: Im DGB aus christlich sozialer Sicht Anregungen und Impulse geben, um die Gewerkschaftsarbeit der heutigen Zeit entsprechend zu gestalten; in der CDU die gewerkschaftlichen Anliegen besser zu Gehör bringen.

## Öffentlichkeitsarbeit

# Modernes Parteilieben zieht Mitglieder an

Der heutige Beitrag über eine verstärkte Mitgliederwerbung beschäftigt sich mit den Argumenten und Gegenargumenten, die im allgemeinen bei der Frage eines Parteibeitritts eine Rolle spielen. Die Voraussetzung für jede erfolgreiche Mitgliederwerbungsaktion aber ist und bleibt ein attraktives und transparentes Parteilieben.

● Ich bin einmal in einer Partei gewesen; das hat mir genug geschadet; noch einmal mache ich das nicht!

● Wenn ich Mitglied einer Partei werde, muß ich zu allem Ja und Amen sagen und alles mit Haut und Haaren fressen, was die da oben beschließen.

● Warum soll ich überhaupt Mitglied werden? Ich wähle die Partei doch ohnehin seit 1945. Ich bin sogar bereit, dann und wann mal was

zu spenden. Warum also Mitglied werden? Was habe ich davon?

Wir sollten den Bürgern daraufhin zu bedenken geben:

### Zum NSDAP-Argument:

● Die NSDAP war wirklich keine demokratische Partei; deshalb ist es unsachlich und ungerecht, sie mit unseren heutigen demokratischen Parteien zu vergleichen. Wenn man einmal den falschen Weg gegangen ist, soll man sich deshalb nicht die Beine amputieren lassen!

Das Unglück des Dritten Reiches und seine Diktatur war wesentlich eine Folge des mangelnden politischen Engagements vor 1933. Darum sollten gerade die, die damals aus ehrlichen, aber mißbrauchten Motiven den falschen Schritt taten, jetzt einsehen, daß wir auch diesen unseren Staat nur erhalten werden, wenn wir uns stärker engagieren als in der Weimarer Republik zwischen 1918 und 1933.

## Der Einzelne kann mitentscheiden

### Zum zweiten Argument:

In einem Land mit zwei, drei oder vier Parteien ist es für jeden ganz unmöglich, eine Partei zu finden, die ihm hundertprozentig ge-

fällt. Je weniger Parteien es gibt, desto größer ist ihre innere Spannweite. Desto mehr kann also der einzelne innerhalb dieser Partei selbst seinen Platz bestimmen. Ge-

rade in der CDU als der ersten deutschen Volkspartei gilt das.

Eine Partei erwartet von ihren Mitgliedern zwar Solidarität und Loyalität, aber nicht Unterwerfung, Uniformität und blindes Ja-Sagen. **Beispiel:** Die höchst kontroversen Diskussionen in den Orts- und Kreisverbänden zum Berliner Programm.

### Zum Argument: Was habe ich davon?

Nur als Parteimitglied kann ich wirklich mitentscheiden. Als Wähler kann ich die Kandidatenauswahl

## Vorbereitungen zur Wahl

Der Landesverband Nordbaden hatte die Wahlkreiskandidaten, Landtagsabgeordneten, Kreisvorsitzenden, Kreisgeschäftsführer und eine Anzahl kommunale Mandatsträger zu einer Klausurtagung zur Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes nach Neckarelz eingeladen. Der Leiter des Wissenschaftlichen Instituts der Konrad-Adenauer-Stiftung, Gerhard Elschner, sprach über das Thema „Zum Image der Parteien und zur Wahlkampfstrategie der CDU“. Dem Vortrag schloß sich eine lebhafte Aussprache an, in der auch die wahlpolitische Lage in Nordbaden und die notwendigen Wahlkampfmaßnahmen besprochen wurden.

Am zweiten Tag der Veranstaltung referierten die Bundestagsabgeordneten Dr. Güde, Baier, Dr. Artzinger, Meister und Prof. Wahl in Kurzvorträgen über spezielle Wahlkampfthemen. Kultusminister Prof. D. Dr. Hahn erläuterte den Gesamthochschulplan Baden-Württembergs und betonte, daß die CDU des Landes eine klare Vorstellung über den künftigen Weg der Bildungspolitik habe.

Die Tagung habe, so betonte Landesvorsitzender Dullenkopf in seinem Schlußwort, den Anwesenden eine Fülle von Erkenntnissen und Anregungen gegeben, die im Wahlkampf ausgewertet werden müßten. Aus dem Kreis der Anwesenden wurde der Wunsch laut, solche Klausurtagungen mindestens einmal jährlich durchzuführen.

und das Programm beeinflussen. Nur als Mitglied kann ich mich voll informieren. Nur als Mitglied kann ich womöglich eines Tages selbst Kandidat sein. Aber schließlich auch: Nur als Mitglied erfülle ich voll meine staatsbürgerliche Pflicht. Wo käme unter Land hin, wo wäre es nach 1945 hingekommen, wenn jeder nur sagte: „Die anderen bittel!“

Wird fortgesetzt

## Fernsehen, Funk, Film

Das rundfunkpolitische Klima in der Bundesrepublik, das durch stark von Emotionen geprägte Diskussionen im Zusammenhang mit der geplanten Gebührenordnung zeitweilig ein bißchen zuviel von „Tiefs“ bestimmt war, hat sich in jüngster Vergangenheit spürbar verbessert. Ein Zeichen dafür unter vielen anderen ist das Angebot des ARD-Vorsitzenden, Intendant Christian Wallenreiter, an den Arbeitskreis Rundfunk zu einem Gespräch über die Sechspunkte-Anfrage in den Länderparlamenten, insbesondere über die Ordnung im Mittelwellenbereich des Hörfunks. Der Arbeitskreis hat das Angebot in seiner letzten Sitzung am 9. Mai angenommen und einen Termin dafür — gemeinsam mit der Rundfunkkommission der Fraktionsvorsitzenden-Konferenz — für Mitte Juni in Aussicht genommen.

Beide Seiten versprechen sich davon eine sachliche Diskussion, bei der noch offene Fragen geklärt werden können. Das Sechspunkte-Programm, das bis zu diesem Termin in allen Landtagen und Bürgerschaften eingebracht sein wird, bietet dazu eine gute Grundlage. Es handelt sich dabei im einzelnen um das von den Ministerpräsidenten geforderte Versorgungswerk für Journalisten, die Weiterentwicklung des Schul- und Hochschulfernsehens, ein gemeinsames Konzept für die dritten Fernsehprogramme, die Ordnung im Mittelwellenbereich des Hörfunks, die Schaffung eines einheit-

lichen Haushaltsrechts und die Festlegung eines Teils der Gebühren-Mehreinnahmen für neue technische Entwicklungen. Der Arbeitskreis wird in der Zwischenzeit den Landtags- und Bürgerschaftsfraktionen Unterlagen zu den einzelnen Themenkreisen zur Verfügung stellen. Mit Ausnahme von Schleswig-Holstein haben sich bisher alle CDU- bzw. CSU-Landtagsfraktionen mit der Anfrage befaßt oder bereits Anträge bzw. Anfragen eingebracht. Im übrigen hat der Arbeitskreis die einheitliche Aktivität in den Länderfraktionen der Union „mit Genugtuung“ zur Kenntnis genommen.

In seiner letzten Sitzung befaßte sich der Arbeitskreis außerdem mit den Möglichkeiten, einen Bundesfernsehpreis zu schaffen. Über Form und Voraussetzungen soll mit den zuständigen Stellen gesprochen werden. Ein weiterer wichtiger Punkt war ein Bericht des Berliner CDU-Landesvorsitzenden Peter Lorenz über die Situation an der Berliner Filmakademie, die sich nach dem Hinauswurf von 18 besonders radikalen Anhängern der sogenannten außerparlamentarischen Opposition spürbar normalisiert hat. Der Arbeitskreis wird die Situation weiterhin sorgfältig beobachten und zu verhindern suchen, daß die Akademie ihrem Zweck, besonders begabte junge Film- und Fernseherschaffende weiterzubilden, entfremdet wird.

—dz—

## Zwanzig Jahre Grundgesetz

# Eine Verfassung für unsere Zeit

Am 23. Mai 1949 stellte der Parlamentarische Rat in Bonn fest, das am 8. Mai des Jahres 1949 vom Parlamentarischen Rat beschlossene Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland ist in der Woche vom 16. bis 22. Mai 1949 durch die Volksvertretungen von mehr als Zweidritteln der beteiligten deutschen Länder angenommen worden. Auf Grund dieser Feststellung hat der damalige Präsident des Parlamentarischen Rates und späterer Bundeskanzler, Dr. Konrad Adenauer, das Grundgesetz ausgefertigt und verkündet.

Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland erfolgte im Bewußtsein gesamtdeutscher Verantwortung. Das deutsche Volk in der Bundesrepublik hat, wie es in der Präambel des Grundgesetzes heißt, „auch für jene Deutschen gehandelt, denen mitzuwirken versagt war“. Zugleich wurde das gesamte deutsche Volk „aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“. Durch Artikel 146 hat sich das Grundgesetz selbst einer frei gewählten gesamtdeutschen Nationalversammlung zur Disposition gestellt.

Diese Bestimmungen des Grundgesetzes sind keine bloßen Deklamationen, sondern, wie auch das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat, geltendes Verfassungsrecht, das für alle Organe der Bundesrepublik Deutschland verbindlich ist. Diese Verbindlichkeit besteht auch für die gegenwärtige Bundesregierung. Daher müssen alle Bemühungen um eine „Entspannungspolitik“ dort ihre Grenze finden, wo sie auf die völkerrechtliche Anerkennung der „DDR“ als zweiter deutscher souveräner Staat hinauslaufen.

### Keine bloße Deklamation

Da das Recht eines jeden Volkes auf Selbstbestimmung durch die Charta der Vereinten Nationen anerkannt ist, da die Siegermächte im Potsdamer Abkommen vereinbart haben, die endgültige Regelung der deutschen Grenzen einem Friedensvertrag vorzubehalten und da sich schließlich unsere westlichen Verbündeten in den Pariser Verträgen verpflichtet haben, das deutsche Volk in seinem Streben nach Wiedervereinigung mit friedlichen Mitteln zu unterstützen, ist kein vernünftiger Grund für eine vorzeitige Preisgabe des grundgesetzlich verankerten deutschen Rechtsstandpunktes vor Abschluß eines Friedensvertrages ersichtlich, der die Stellung des deutschen Volkes in Europa und der Welt umfassend regelt.

Der in der Präambel des Grundgesetzes zum Ausdruck gebrachte Wille des deutschen Volkes, „seine nationale und staatliche Einheit zu wahren“, verbindet sich mit dem Willen, „als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen“. Auch das ist keine bloße Deklamation. Ge-

maß Artikel 25 GG sind die allgemeinen Regeln des Völkerrechts „Bestandteil des Bundesrechtes. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes“.

Das Grundgesetz hat auch die Auffassung von der absoluten Souveränität des Staates über Bord geworfen. Der Bund kann gemäß Artikel 24 GG durch einfaches Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen. Er ist auch bereit, „in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einzuwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern“.

## Freiheit der Wissenschaft garantieren

In einer Stellungnahme zu den Warnungen der Präsidenten der Wissenschaftsorganisationen, wonach die Forschung an den Universitäten der Bundesrepublik gefährdet sei, erklärte der Kulturexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, der Bundestagsabgeordnete Dr. Berthold Martin, die Bedenken der Präsidenten seien begründet. Es habe sich nämlich gezeigt, daß über die von den Landesregierungen in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Hamburg vorgelegten Hochschulgesetze mit Hilfe der allgemein bejahten Kontinuität in der Universitätsleitung versucht werde, die im Grundgesetz garantierte Freiheit von Forschung und Lehre durch ein zu starkes staatliches Eingriffsrecht in Frage zu stellen.

Gegen diese Aushöhlung der verfassungsmäßig niedergelegten Wissenschaftsfreiheit (Art. 5 Abs. 3 des Grundgesetzes) richte sich zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen der geschlossene und gemeinsame Widerstand von Professoren, Assistenten und Studenten.

Dr. Martin sagte wörtlich: „Wer glaubt, die säkularen Probleme der Hochschulreform durch staatliche Eingriffe lösen zu können, verkennt die Tatsache, daß es bei den Universitäten nicht um ein Kommandieren, sondern um die Unabhängigkeit

Weiterhin erklärt das Grundgesetz die Bereitschaft der Bundesrepublik, zur Regelung zwischenstaatlicher Streitigkeiten sich einer allgemeinen umfassenden obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit zu unterwerfen.

Konrad Adenauer als Bundeskanzler und die CDU/CSU als führende Regierungspartei können für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, die auf Einordnung des deutschen Volkes in die politische und rechtliche Gemeinschaft der freien Völker Europas und der westlichen Welt gerichteten Vorschriften des Grundgesetzes durch ihre europäische atlantische Politik verwirklicht zu haben. Die CDU/CSU war die treue Stütze Konrad Adenauers, als er die Bundesrepublik in den Europarat, die Montanunion, die EWG, die Euratom-Gemeinschaft, die Westeuropäische Union und in die NATO hineinführte.

**Das Grundgesetz ist kein Stück Papier, keine leere Formel geblieben, sondern hat nicht zuletzt dank der erfolgreichen Politik der CDU/CSU in den vergangenen zwanzig Jahren Leben und Gestalt gewonnen.**

Bei aller Anerkennung der Bewährung des Grundgesetzes und der Unwandelbarkeit seiner Fundamentalnennungen müssen wir bereit sein, unsere verfassungsrechtliche Ordnung unter dem Gesichtspunkt ihrer Praktikabilität und Funktionsfähigkeit der modernen Entwicklung anzupassen.

Prof. Dr. Süsterhenn, MdB

## POLITISCHES LEXIKON

**Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB):** Von seinen zur Zeit rund 6,5 Millionen Mitgliedern gehören etwa 370 000 der SPD und 80 000 der CDU an. Im Oktober 1949 schlossen sich die zuvor in den ersten Nachkriegsjahren gegründeten 16 Einzelgewerkschaften zum DGB zusammen. Sein oberstes Organ ist der Bundeskongress, der im Turnus von drei Jahren zusammentritt. Zwischen den Kongressen fungiert der mit 70 Mitgliedern besetzte Bundesausschuß als höchstes DGB-Organ. Der vom Bundeskongress gewählte für die Geschäftsführung zuständige Bundesvorstand hat neben dem Vorsitzenden zwei Stellvertreter sowie für die zehn verschiedenen Hauptabteilungen je einen verantwortlichen Leiter.

Regional ist der DGB in neun verschiedene Landesbezirke aufgegliedert. Die Zahl der Delegierten, mit der die Einzelgewerkschaften auf dem Bundeskongress vertreten sind, richtet sich nach der Mitgliederzahl. Zur Zeit stellt die IG Metall mit 131 Delegierten die größte Gruppe. Es folgt mit 67 Vertretern die Gewerkschaft ÖTV; die IG Bergbau entsendet 31 Delegierte und die IG Bau und die IG Chemie je 34, während die Gewerkschaften Kunst und Leder mit je drei Delegierten die kleinste Gruppe stellen.

**Volkskammer:** Die so bezeichnete Volksvertretung in der „DDR“ hat nach dem Prinzip der Gewaltkonzentration eine starke rechtliche Stellung. In Paragraph 50 der „DDR“-Verfassung wird sie das „höchste Organ der Republik“ genannt. Angesichts der wirklichen Machtverhältnisse im anderen Teil Deutschlands hat die Volkskammer jedoch nur die Funktion eines Scheinparlamentes

Im Laufe ihrer zwanzigjährigen Geschichte erhielt sie ihre sechste Geschäftsordnung. Diese soll eine verstärkte Kontrolle über den Erlass von Gesetzen und Beschlüssen und die „Erhöhung der wissenschaftlich fundierten Tätigkeit“ garantieren. Im Präsidium der Volkskammer sind nun alle neun Fraktionen – auch der Kulturbund und die FDJ – vertreten. Einen Ältestenrat gibt es nicht mehr. In den 16 Ausschüssen, von denen keine parlamentarische Arbeit im Sinne des Deutschen Bundestages geleistet wird, dürfen künftig auch Fachleute und Gutachter zur Mitarbeit herangezogen werden.

der Wissenschaftspflege in Forschung und Lehre geht. Die Universitäten verlieren ihre kritische Funktion, wenn sie vom Staat bevormundet oder dem Proporz gesellschaftlicher Kräfte überantwortet werden. Der Protest der deutschen Spitzenorganisationen, die praktisch Wissenschaft und Forschung im gesamten Bundesgebiet repräsentieren, ist als Alarmzeichen anzusehen. Ein Konflikt zwischen den Repräsentanten der Wissenschaft und einigen Bundesländern wäre sehr verhängnisvoll.

**In dieser Situation muß deutlich an die im Grundgesetz garantierte Freiheit der Wissenschaft erinnert werden, an der sich die Hochschulgesetzgebung der Länder auszurichten hat. Der Alarmruf der Präsidenten zeigt an, daß ein Hochschulrahmengesetz des Bundes auf der Grundlage eines kooperativen Föderalismus notwendig ist, um die Freiheit der Wissenschaft zu garantieren.**

Im übrigen wies Dr. Martin mit allem Nachdruck darauf hin, daß die CDU/CSU-Fraktion von Anfang an einer Besetzung der Universitätsorgane nach einem schematischen Proporzsystem widerstanden habe, während SPD und FDP die Drittelparität teilweise zugestanden haben.

# BRIEFE

Solange ich mich erinnern kann, wird in Fachkreisen wie in der Öffentlichkeit über die Schulbuchzensur gestritten.

Es gibt Bestrebungen, die Prüfung von Schulbüchern überhaupt auf eine andere Ebene zu verlagern. Wie ich hörte, sind im Mainzer Kultusministerium entsprechende Überlegungen im Gange.

Evelyn M., Mainz

**Antwort:** Fortwährende Klagen von Erziehungsberechtigten über den allzu häufigen Wechsel der Unterrichtsmittel haben Kultusminister Vogel veranlaßt, das bisherige Zulassungsverfahren für die Einführung von Schulbüchern in Frage zu stellen.

Wie sein Ministerium mitteilt, ist daran gedacht, in absehbarer Zeit eine unabhängige Kommission einzusetzen, in der nicht nur Fachlehrer aller Schulgattungen, sondern auch der Landeselternbeirat und die Vereinigung der Schulbuchverlage vertreten sind. Diese Kommission wird prüfen, welche Kriterien zukünftig bei der Auswahl von Schulbüchern gelten sollen.

Darüber hinaus sollte sie eine Regelung anstreben, die für jedes Fach die Zahl der zugelassenen Lehrbücher beschränkt und die Zulassung selbst auf eine bestimmte Zeit befristet. Ferner sollte sichergestellt werden, daß in jedem Stadt- bzw. Landkreis in denselben Schulen nur dieselben Bücher benutzt werden.

Um einen Überblick über die eingeführten Lehrbücher zu bekommen, wird zur Zeit geprüft, welche Bücher verschiedenen Schulgattungen nach in welchen Klassenstufen an den dem Stand vom 1. März 1969 benutzt werden. Um die Arbeit der unabhängigen Schulbuchkommission nicht zu erschweren, werden bis zum Ende des Schuljahres 1970/71 keine neuen Schulbücher eingeführt.

## Aus den Vereinigungen

### CDU-Polizei-Kongreß

Am 5. und 6. Mai 1969 fand im Kurhaus Bad Hamm ein Kongreß des CDU-Polizeiarbeitskreises Westfalen-Lippe statt. An der Veranstaltung nahmen etwa 130 Polizeibeamte als Delegierte fast aller Kreisverbände Westfalen-Lippe teil. Unter ihnen befanden sich auch zahlreiche junge Beamte von den Polizeischulen sowie eine Vertretung des Arbeitskreises christlich-demokratischer Polizeiangehöriger im CDU-Landesverband Berlin.

Im Mittelpunkt des Kongresses stand eine Rede des Vorsitzenden des Landespräsidiums der CDU von Nordrhein-Westfalen, Dr. Wilhelm Lenz, MdL.

Der Kongreß wählte zum 1. Vorsitzenden des Arbeitskreises „Polizei“ Gerhard Körte, Gelsenkirchen. Körte wandte sich entschieden gegen „einseitige SPD-Propaganda bei der Polizei in Nordrhein-Westfalen“.

Landtagsabgeordneter Volmer hob hervor:

„Angesichts der Unruhe in der Jugend und in unserer Gesellschaft überhaupt sei eine enge Zusammenarbeit zwischen Politikern und Polizei notwendig, „nicht im Sinne einer Staatsallmacht, die ihre Polizei mißbraucht“, so sagte er, „sondern im Sinne eines umfassenden Verständnisses, daß beide Kräfte alles tun müssen, um unsere Demokratie vor denen zu schützen, die sie zerstören wollen“.

Dr. Wilhelm Lenz verlangte in seiner Rede, daß die CDU sich an die Spitze der notwendigen Reformen in Staat und Gesellschaft stellt. Durch derartige Reformen, nicht nur in der Polizei, sondern in allen Zweigen des öffentlichen Dienstes, gelte es, dem kleinen Kern von Radikalen zu begegnen. Die Unruhe in der Gesellschaft könne letzthin nicht durch die Polizei, sondern nur durch die Politik beseitigt werden. Anzustreben sei auf Bundesebene die Gründung eines CDU-Arbeitskreises der Polizei.

Bruchsal, zum neuen Vorsitzenden der KPV Nordbaden gewählt. Stellvertretende Vorsitzende wurden Landrat Bruno Rühl, Tauberbischofshausen und Stadtrat Kurt Gauly, Karlsruhe. In den weiteren Vorstand wurde je ein Vertreter der Kreisverbände gewählt.

In seinem Jahresbericht konnte Dr. Hagen vor allem auf die erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit der KPV hinweisen. Er erinnerte an die Landestagung in Eberbach und Wiesloch, an der jeweils mehrerer hundert Kommunalpolitiker aus dem ganzen Landesbezirk teilgenommen hätten. Auch die Kreisvereinigungen hätten eine große Zahl von kommunalpolitischen Tagungen und Seminaren, vor allem für den kommunalpolitischen Nachwuchs, durchgeführt.

### Gespräche mit der Bundeswehr

Zu einem Kontaktgespräch hatte der Deutsche Bundeswehrverband die Junge Union eingeladen. Vom Bundesverband nahm daran der Leiter des Arbeitskreises Wehrpolitik, Horst Jöbges, sowie Klaus Ewers vom Landesvorstand der Jungen Union des Rheinlandes teil.

In dem Gespräch, an dem der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes Oberstleutnant Vollant sowie Oberstleutnant Seuberlich teilnahmen, wurde die Neuordnung des Laufbahnrechts, Reform des Vorgesetztenverhältnisses, die Wehrgerechtigkeit sowie gesellschaftspolitische Probleme der Bundeswehr erörtert.

### Neuer Vorsitzender der nordbadischen KPV

Die Kommunalpolitische Vereinigung des Landesverbandes Nordbaden führte ihre diesjährige Vertreterversammlung in Wiesloch, Landkreis Heidelberg, durch. Der langjährige Vorsitzende, Erster Bürgermeister i. R. Dr. Dr. Hermann Hagen, Heidelberg, hatte aus Altersgründen auf seine Wiederwahl ver-

zichtet. Landesvorsitzender Dullenkopf sprach Dr. Hagen den Dank des Landesverbandes für seine hervorragenden Verdienste aus. Dr. Hagen war 18 Jahre lang Vorsitzender der KPV Nordbaden.

Mit großer Mehrheit wurde Oberbürgermeister Dr. Adolf Bieringer,

### Deutsch-holländische Begegnung

Auf Einladung des niederländischen Akademikerbundes nahmen in der vergangenen Woche junge Akademikerinnen aus Deutschland, unter ihnen die CDU-Landesvorsitzende der Frauenvereinigung Südbaden, Barbara Könitz, an einer Tagung in Holland teil.

## Hinweise und Termine

### ERP-Kredite für die deutsche Wirtschaft 1969

Diese Broschüre soll

– den interessierten Leser über die Entwicklung und die Leistungen des ERP-Sondervermögens unterrichten

– den Kreditsuchenden auf die verschiedenen Kredit-Programme des ERP-Sondervermögens hinweisen und die Voraussetzungen für die Gewährung eines Kredits aufzeigen

– alle diejenigen in ihrem Bemühen unterstützen, Kreditsuchende zweckmäßig zu beraten und zu betreuen.

Einzel Exemplare sind kostenlos bei Ihrem zuständigen Landesverband oder bei der Bundesgeschäftsstelle Ref. Öffentlichkeitsarbeit, 53 Bonn, Nassestr. 2, zu beziehen.

### Vorschau Mai 1969

28. 5.	Mittelstandsvereinigung - Bund	Mittelstandstag	Dortmund
30. 5.	LV Hessen	Kreisgeschäftsführertagung	Östrich
30. 5.	CDU - Bund	Wehrpolitische Regionaltagung	Wuppertal
30./31. 5.	JU Bayern	Landestag	Landshut
31. 5.	LV Hessen	Kreisvorsitzendenkonferenz	Östrich
<b>Juni 1969</b>			
6. 6.	CDU - Bund	Wehrpolitische Regionaltagung	Koblenz
6. 6.	LV Württemberg-Hohenzollern	Geschäftsführender Landesvorstand	Sigmaringen
7. 6.	LV Württemberg-Hohenzollern	Landesvorstand	Sigmaringen
7. 6.	CDU - Bund	Bundesausschuß	Bonn
7. 6.	KPV Hessen	Kommunalkongreß	Bad Nauheim
7. 6.	CDU/CSU - Bund	Wehrpolitische Regionaltagung	Aschaffenburg

### Kritik dient der Reform

Reform von Staat und Gesellschaft standen im Mittelpunkt des 2. Jugendkongresses, den die schleswig-holsteinische Junge Union in Husum veranstaltete. In verschiedenen Arbeitskreisen wurde eingehend zu den Themen Stellung genommen. Die junge Generation beklagte die mangelnde moralische Substanz in der Politik, erklärte zum Auftakt des Kongresses der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende der Jungen Union, Uwe Barschel. Das werde sie jedoch nicht zu einer sturen Oppositionshaltung verleiten, sondern zu reformerischer Kritik herausfordern, die zu spürbaren Verbesserungen führen solle.

## Aus den Landesverbänden

# Parlamentsarbeit reformieren

**Eine alte Forderung der CDU-Landtagsfraktion von Nordrhein-Westfalen erhielt durch eine überaus peinliche Blamage des Landesparlaments erneut Aktualität. Es geht darum, daß die Landtagsarbeit reformiert werden soll.**

Eine von den Koalitionsfraktionen SPD/FDP betriebene und von allen Fraktionen befürwortete Änderung der Landesverfassung verfiel der Abstimmung, da an der erforderlichen Zweidrittel-Mehrheit eine Stimme fehlte. Ministerpräsident Kühn erklärte noch am gleichen Tage in einem Hörfunkinterview, daß nach seiner Ansicht die Schuld an dieser Panne bei der FDP liege, da bei ihr im Gegensatz zu SPD und CDU ein Abgeordneter an der Zweidrittel-Präsenz fehlte.

Wie Fraktionsvorsitzender Dr. Lenz von der CDU-Opposition erklärte, müßten jedoch jedoch „schleunigst die Konsequenzen aus dieser Abstimmungsspanne gezogen werden“. Die CDU-Opposition stellte einen Antrag an den Landtag, einen neunköpfigen Sonderausschuß einzusetzen, der dem Landtag bis zum 1. Juli 1969 Reformvorschläge für seine Arbeit vorlegen soll. Diesem Ausschuß will auch die CDU-Fraktion ihre Vorstellungen zur Verbesserung der Parlamentsarbeit vorlegen. Die CDU-Landtagsfraktion hat inzwischen gemeinsam mit dem Landespräsidentium der CDU-Nordrhein-Westfalen hierzu einen Arbeitskreis gebildet, der unter dem Vorsitz von Ministerpräsident a. D. Dr. Franz Meyers steht.

Fraktionsvorsitzender Dr. Wilhelm Lenz skizzierte inzwischen vor der Presse die Hauptforderungen der CDU-Fraktion. Vordringlich erscheint

dem Oppositionsführer die Straffung der Gesetzgebungsarbeit. Hierunter fällt vor allem die bisherige Form der Verabschiedung von Gesetzen in drei Lesungen.

Dr. Lenz vertritt die Auffassung, daß in der Regel die dritte Lesung fortfallen könnte. Um den Landtag nach außen wieder interessanter zu machen, will die CDU eine Neugestaltung der Debatten erreichen. Eine Begrenzung der Redezeit auf 15 Minuten soll gleichzeitig mit der Forderung nach freier Rede und der Zulassung von Redenotizen nur im Ausnahmefall gekoppelt werden.

Wichtig erscheint der CDU auch die Neugestaltung der Ausschussarbeit. Die Zahl der Ausschüsse sollte verringert werden. Im Hinblick auf das Interesse der Bevölkerung an der Arbeit des Landtags sollten die Ausschusssitzungen in der Regel öffentlich sein. Mehr als bisher sollten außerhalb des Parlaments tätige Fachleute hinzugezogen werden, um die Arbeit des Landtags praxisbezogener werden zu lassen.

Der Ausbau des wissenschaftlichen Hilfsdienstes für Landtagsausschüsse und Fraktionen wie ein zentrales Schreibbüro dienen ebenso der Arbeitserleichterung für die Abgeordneten wie dem Flüßigerwerden der Parlamentsarbeit. Schließlich soll es nach den Vorstellungen der CDU-Opposition zu einer völligen Neuregelung der Abgeordnetenentschädigung kommen.

## Jugendhilfe finanziell absichern

Der Vorstand der CDU in Niedersachsen hat in seiner letzten Sitzung aufgrund einer Vorlage des Arbeitskreises „Jugend“ den Beschluß gefaßt, die Landesregierung zu ersuchen,

den in Arbeit befindlichen Entwurf eines Änderungsgesetzes zum Gesetz zur Ausführung des Gesetzes für Jugendwohlfahrt vom 13. 12. 1962 (Niedersachs. GVBl. S. 246) dem Landtag so zeitig vorzulegen, daß er mit der gebotenen Gründlichkeit beraten und noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden kann,

in den Gesetzentwurf Regelungen aufzunehmen, die die Jugend-

hilfe finanziell so absichern, daß vor allem

a) die Aktivitäten auf dem Gebiet der Jugendflüge nicht gefährdet werden,

b) die Kindertagesstätten, insbesondere die Kindergärten, vom Land in dem ihrer zunehmenden Bedeutung für das Bildungswesen entsprechenden Umfange gefördert und

c) die Erziehungsheime auf die für die Ausführung der Freiwilligen Erziehungshilfe und Fürsorgeerziehung notwendige Platzzahl gebracht und – soweit erforderlich – modernisiert werden können.

Die Vorlage ist inzwischen vom Generalsekretär im Auftrage des Vorsitzenden an die Landtagsfraktion weitergeleitet worden.

Der Berliner Landesvorsitzende der CDU, Peter Lorenz, hat die vom Regierenden Bürgermeister Schütz dem Abgeordnetenhaus vorgelegten Richtlinien seiner **Senatspolitik** kritisiert. Auf einer Parteiversammlung bezeichnete Lorenz die Richtlinien als unklar und nichtssagend. Während die meisten Passagen Selbstverständlichkeiten enthielten, erklärte Lorenz, gäben die Aussagen über die Sicherheitsgrundlagen der Stadt außerdem zu Bedenken Anlaß.

★

Über Fragen der **Wirtschafts- und Bildungspolitik** in Nordrhein-Westfalen beriet in Bielefeld der Vorsitzende des nordrhein-westfälischen Landespräsidentiums der CDU, Dr. Lenz, mit Mitgliedern der ostwestfälischen CDU. Nach Ansicht von Dr. Lenz müßten zwei Schwerpunkte die Politik der Union der siebziger Jahre bestimmen: die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und eine Weiterentwicklung der Bildungspolitik.

★

Günstige Voraussetzungen als **Universitäts-Standorte** bieten nach Ansicht der niedersächsischen CDU-Vorsitzenden Hasselmann sowohl Osnabrück als auch Oldenburg. Für Osnabrück spräche der Verlust des Regierungssitzes im Rahmen der Gebiets- und Verwaltungsreform. Ein Äquivalent könnte die Universität sein. Oldenburg überzeuge dagegen, wie Hasselmann meinte, durch sein Einzugsgebiet und die Möglichkeit, die „Nord-West-Universität“ mit der Bremer Universität zu verbinden.

## IN KÜRZE

In einer Kleinen Anfrage tritt der baden-württembergische CDU-Abgeordnete Dr. Lothar Gaa für eine noch **engere organisatorische Zusammenarbeit der Kriminalpolizei** der Länder ein, um dadurch die Verbrechensbekämpfung wirksamer zu gestalten. Der Abgeordnete weist darauf hin, die Ermittlungen zur Aufklärung des Verbrechens von Lebach hätten gezeigt, daß bei einer umfassenden Fahndung und großzügigen Regelung der Kompetenzfragen auch entsprechende Erfolge eintreten.

★

Mit dem **Ausschluß aus der Partei** droht der CDU-Landesverband und die Junge Union des Rheinlandes jedem Mitglied, das nach den nächsten Wahlen eine Koalition mit der NPD anstrebe. Die Junge Union Rheinland forderte außerdem eine verbindliche Erklärung des Bundespräsidentiums der CDU, daß keine Koalition mit der NPD eingegangen werde.

★

Als „falschen Alarm“ bezeichnete der stellvertretende Vorsitzende des Landtagsausschusses für Jugend und Familie, Helmut Elfring (CDU), die Klagen von Arbeits- und Sozialminister Figgen über Millionenbeträge für den **Neubau von Kindergärten**, die ihrem Verwendungszweck nicht zugeführt werden könnten. Elfring: „Der Minister braucht nur die notwendigen Richtlinien vorzulegen, dann fließen die Mittel schon ab.“

## Keine staatlichen Almosen

**Gleiche Marktbedingungen für die Landwirtschaft in der EWG seien die Voraussetzung für eine Politik, die der Landwirtschaft Nutzen bringen soll. Dies stellte der Vorsitzende des Agrarausschusses der nordwürttembergischen CDU, Egon Susset, in der letzten Sitzung als eine der wichtigsten Forderungen heraus. Erst dann könne der Gesundheitsprozeß beginnen.**

Susset berichtete, daß noch im Monat Mai ein Gespräch der Agrarausschussvorsitzenden der CDU mit Ministerpräsident Dr. Filbinger stattfinden werde, um die vordringlichsten landespolitischen Aufgaben für die Landwirtschaft zu besprechen.

Zu diesen Maßnahmen zähle die Schaffung weiterer Vermarktungsmöglichkeiten auf dem Getreidesektor, die Fortsetzung der Investitionsbeihilfen, die Wahrung der Selbständigkeit der Landwirtschaftsverwaltung und die Fortsetzung der Agrarstrukturmaßnahmen. Die Mitglieder des Ausschusses forderten außerdem, daß künftig Maßnahmen, die den sozialen Bereich betreffen, nicht aus den Mitteln des Agrarhaushalts, sondern aus dem hierfür zuständigen Etat finanziert werden.

Immer noch bestehe der krasse Unterschied zwischen dem Einkommen der Landwirtschaft und dem der Industriegesellschaft. Deshalb müsse das Marktgleichgewicht hergestellt werden. Hierzu gehöre die Kontingentierung der Produktion, die besonders von jenen Ländern eingeführt werden müßte, die auf verschiedenen Gebieten Überschüsse erzeugen.

Bezüglich der Investitionshilfen sollten in erster Linie Voll- und Zuerwerbsbetriebe berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang wandle sich der Ausschuß entschieden gegen die weit verbreitete Ansicht, die Landwirtschaft erhalte staatliche Almosen.

In stärkerem Maß als bisher sollte herausgestellt werden, daß die deutsche Landwirtschaft im Hinblick auf die europäische Einigung für ihre Produkte laufend Preiseinbußen hinnehmen muß.

Der nordwürttembergische CDU-Agrarausschuß beabsichtigt, künftig die Abgeordneten, die Presse und weitere Kreise regelmäßig mit aktuellen Informationen und geeigneteren Vorschlägen in ihrer Arbeit zu unterstützen.

## Informationen

# Vier Jahre und kein Wandel

Ob 1965 oder 1969: die SPD huldigt mit Eifer einer schon zur Tradition gewordenen Wahlkampfsorge um die Bundeswehr. In diesem Wahljahr waren es die Äußerungen der Generale Grashey und Karst, die mit Vorliebe von sozialdemokratischen Sprechern und Wehrexperthen; der Opposition gemeinsam aufgegriffen wurden, um den verantwortlichen Minister aus den Reihen der CDU mangelnder Sorgfalt oder gar Verschleierungstaktiken bei der Behandlung dieser rasch aufgebauchten Fälle zu ziehen. Dabei wurde immer wieder betont, die Kritik entspringe der tiefen Besorgnis um die Probleme der Armee, die von der politischen CDU-Führung nicht gesehen würden. Es ist an der Zeit, sich an den Auftakt des Wahlkampfes 1965 durch die SPD zu erinnern.

Nach dem jahrelang konservierten Nein zu entscheidenden Weichenstellungen im Aufbau der Bundeswehr entschloß sich die SPD auf ihrem Karlsruher Parteitag 1964 im November zu einer überbetonten Vertrauenserklärung an die Armee, um die Vergangenheit des Mißtrauens gegen die militärische Führung damit zu überlagern. Sie konnte sich aber nicht entschließen, das bisher von militärischer und politischer Führung Geleistete richtig zu beurteilen und zu würdigen, sondern suchte mit dem Satz vom überhasteten Aufbau, der zu Lasten der CDU ginge, gleich zwei wahlkampfaktische Erfolge zu erzielen: das neu entdeckte Wählerstimmenreser-

voir Bundeswehr zu nutzen und gleichzeitig einen Keil des Mißtrauens zwischen Soldaten und Ministerium zu treiben.

Im Januar 1965 wagte der SPD-Abgeordnete Wienand den zumindest ungewöhnlichen Schritt einer schlagwortdurchsetzten Illustrierten-Darstellung (Tenor: „Die Bundeswehr hat uns 100 Milliarden gekostet, für die gleiche Summe hätte die Bundesregierung jeder westdeutschen Familie einen Mercedes vor die Tür stellen können“) und mutete dem überraschten Parlament diese Ausführungen auch noch als Arbeitsgrundlage für eine sachgerechte Diskussion über die Probleme

## Guter Rat für die SPD

Am 24. Februar 1969 verabschiedete der Deutsche Bundestag nach heftigem Wortwechsel zwischen SPD und CDU den Haushalt des Bundesverteidigungsministeriums bei Stimmenthaltung der SPD, die sich nicht zu einem klaren Bekenntnis zur Armee durchringen konnte. „Die Bundeswehr gehört uns allen“ schrieb anschließend der sozialdemokratische Pressedienst und setzte damit einen besonderen Akzent über Eigentums- oder Verantwortungsdenken.

So wird der unvoreingenommene Betrachter der jüngsten und der vier

der Armee und das offensichtliche Versagen des Verteidigungsministers zu.

Als am 10. Februar der Rektor der Universität Hamburg drei hohen Offizieren der Bundeswehr den Freiherr-vom-Stein-Preis zur Würdigung ihrer Verdienste um die Innere Führung der Bundeswehr übergab, schrieb der sozialdemokratische „Vorwärts“ am 17. Februar unter der Überschrift „Statt Orden“:

„Jetzt haben drei Spitzenmilitärs aus der Hand des Rektors der Hamburger Universität den Freiherr-vom-Stein-Preis erhalten. Das ist wahrscheinlich ein Wandel. Unbestreitbar ist das Verdienst der Generale Graf Kielmannsegg, Graf Baudissin und de Maiziére, das ihnen die akademische Ehrung einbrachte. Sie sind die Schöpfer und Verfechter dessen, was man die Innere Führung nennt. Freilich, das sei in diesem Moment besonders angemerkt, sie haben heute keinen Einfluß mehr darauf. Sie sitzen weitab vom inneren Gefüge der Bundeswehr bei der NATO in Paris.“

Jahre zurückliegenden Ereignisse Verdacht nicht los, daß die SPD immer noch um ein reales Verhältnis zu unserer Armee, zu den Staatsbürgern als Soldaten (Minister Schröder) gegen die Schatten einer langen Vergangenheit ringen muß. Sie sollte dieses Ringen nicht zu Wahlkampfverzerrungen führen lassen und wäre vielleicht gut beraten, wenn sie sich in der berechtigten Sorge um den Fortbestand unserer Demokratie weniger Gedanken um den Standort der Bundeswehr als um die innere Führung ihres eigenen politischen Nachwuchses machen würde.

## Stichwort zum Wochenende

**D**ie Regierung von Kambodscha hat in den letzten Tagen angekündigt, daß sie die diplomatische Vertretung der „DDR“ in eine Botschaft umwandeln will. In der Hauptstadt Kambodschas, Pnom Penh, existiert bereits eine Botschaft der Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesregierung erblickt in dem Schritt Kambodschas einen unfreundlichen Akt, der nicht ohne Konsequenzen auf die Beziehungen zwischen den beiden Ländern bleiben kann.

**N**atürlich muß man die besondere Situation Kambodschas, das in der unmittelbaren Nachbarschaft Vietnams liegt, sehen. Andererseits kann die Bundesrepublik nicht zulassen, daß das Verhalten Kambodschas Schule macht. Sollte sich die Regierung von Kambodscha entschließen, einen Botschafter nach Ostberlin zu entsenden, dann stellt sich für Bonn die Frage, ob damit nicht ein Punkt erreicht ist, an dem die diplomatischen Beziehungen abgebrochen werden müssen.

**N**atürlich muß Bonn immer von den besonderen Gegebenheiten in einem Land wie Kambodscha ausgehen. Die Bundesregierung darf sich nicht in eine Automatik hineinzwängen lassen. Andererseits müssen aber die legitimen Interessen des deutschen Volkes gewahrt werden.

**D**ie Anerkennung der „DDR“ durch nichtkommunistische Staaten ist ein unfreundlicher Akt gegenüber dem ganzen deutschen Volk, der nicht ohne Gegenantwort bleiben darf. Hier das richtige Augenmaß zu haben, ist jetzt die Aufgabe der Bundesregierung.

## ...Aufgelesen...Aufgelesen...

„Hessen Süd“ ist mittlerweile zu einem Markenzeichen für die linken Flügelstürmer der SPD geworden. Die Musik des Fortschritts wird dort freilich zuweilen dissonant geblasen. So war es auch auf dem Bezirksparteitag, als die Jungsozialisten gegen den Widerstand der Älteren einen Beschluß durchsetzten, der die Landesregierung auffordert, das Streikrecht für Beamte durch Gesetz anzuerkennen.

Der Beschluß offeriert der Beamtenschaft ein Danaergeschenk. Denn er stellt jedem Gesetzgeber, der sich für das Streikrecht erwärmen wollte, sofort die Verfassungsfrage nach dem Bestand der ‚wohlerworbenen Rechte‘ unseres Berufsbeamtentums.

Eine Meinungsumfrage der Tübinger Wickert-Institute hat dieser Tage ohnehin gezeigt, wie umstritten die Privilegien des öffentlichen Dienstes in der Bundesrepublik sind.

Hier mögen sich zu einem guten Teil Ressentiments gegen den Staatsdiener herkömmlicher Prägung artikuliert haben. Wo er das Streikrecht verlangte oder auch nur annähme, würden die Ressentiments indes unversehens zu Argumenten: Wenn Beamte streiken wollen, dann gefälligst auf der Basis der Chancengleichheit mit allen anderen Arbeitnehmern, und das heißt: unter Verzicht auf Lebenszeiteinstellung und Pension.“

„Die Welt“, 13. 5. 1969

„Den bevorstehenden Gewerkschaftskongreß in München möchte der FDGB mitbestimmen. Dieser ‚freie‘ Gewerkschaftsbund Ulbrichts zeigt sich kontaktfreudig und — man staune — ohne ausdrücklich die völkerrechtliche Anerkennung der DDR zu fordern. Doch fraglos soll solcher Anerkennung der Weg geebnet werden. Er soll durch den Gewerkschaftsbereich führen, nachdem die Deutschland-Debatte im Bundestag für Ostberlin enttäuschend verlief. Wird München ein anderes Schauspiel bieten als Bonn?“

Die bundesdeutschen Gewerkschaftler sollten in München darauf bedacht sein, unter sich ihre eigenen Angelegenheiten zu klären und nicht das Geschäft derer zu betreiben, denen trotz gegenteiliger Bezeichnung die Legitimation als freie Gewerkschaftler fehlt.“

„Frankfurter Neue Presse“, 13. 5. 69